

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 46
KARL HONAY

II. Ausgabe

Wien, am 4. Februar 1931.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 4. Februar 1931 .

R I C H T I G S T E L L U N G .

In dem gestrigen Sitzungsbericht über die zweite Rede des St.R.Kunschak (X. Blatt) hat sich durch einen Hörfehler ~~ein~~ Abdruck ein bedauerlicher Irrtum eingeschlichen. Es hat in dem Satz "Wenn aber die Gemeinde schon Programme aufstellt und die Partei daraus politisches Kapital schlägt, ist es Pflicht, diese Lumperei auf ihren wahren Sachverhalt zurückzuführen,

statt "Lumperei" " F l u n k e r e i "

zu heissen. Wir ersuchen die geehrten Tagesblätter, die diesen Fehler übernommen haben, um freundliche Richtigstellung.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17¹⁰ Uhr.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss und zwar über die Verwaltungsgruppe V.

GR. Scholz (E.L.) bezeichnet diese Verwaltungsgruppe als eine der wichtigsten Verwaltungszweige, der aber leider Anlass zu vielen Beschwerden gebe. Sowohl die Makadamstrassen wie die gepflasterten Fahrbahnen der Strassen sind unter aller Kritik und es wäre hoch an der Zeit, hier nach dem Rechten zu sehen. Die Strasseninstandsetzungen dauern ausserordentlich lang. Bei der Instandsetzung der Wallonsteinstrasse im XX. Bezirk, die ein halbes Jahr gedauert hat, wurden die Pflastersteine nicht weggeführt, sondern auf dem Bürgersteig aufgestapelt, sodass der Verkehr stark behindert und die Geschäftsleute ausserordentlich geschädigt wurden und dort volle 6 Monate belassen. Das dürfte nicht sein. GR. Scholz kritisiert sodann die Strassenpflege und verlangt, dass die Mistablagestätten in die Seitengassen verlegt werden. Für die einzelnen Häuser gibt es zu wenig Coloniagefässe und die Anfuhr der Kübel erfolgt nicht recht zeitig, dafür werden aber die Hausverwaltungen verantwortlich gemacht, wenn ausserhalb der Kübel noch Kehricht vorhanden ist. Das Spritzen der Strassen mit den Autos erfolgt in ausserordentlich salopper Weise. Im Voranschlag wird angegeben, dass 14 Millionen es nun in Wien eine m² Fahrfläche gespritzt wurde. Da/ Fahrfläche von 11,800.000 m² gibt, heisst das, dass die Fahrfläche im Durchschnitt nur ein- bis zweimal bespritzt wird, was doch unmöglich ist. Schliesslich verlangt GR. Scholz dass in denjenigen Bädern, die nur an bestimmten Wochentagen offen haben, dann wenn die Badetage auf Feiertage fallen, an anderen Wochentagen der Badebesuch ermöglicht wird. (Beifall bei der E.L.)

in der Budgetdebatte
GR. Erban (E.L.) urgiert die von ihm/verlangte Auskunft über das städtische Bad bei der Augartenbrücke, kritisiert sodann den Betrieb der städtischen Dampfwäscherei und beklagt sich bei Besprechung der Strassenverwaltung darüber, dass/dar ^{den Wünschen} Bezirksvertretungen, die jedes Jahr

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 4. Februar 1931.

um ihre Wünsche bezüglich der Strassenherstellungen gefragt werden, wo wenig Berücksichtigung finden. Sodann spricht GR. Erban über die Absicht auf den Gründen des Bürgerversorgungshauses eine Parkanlage zu errichten. Dieser Park sollte eigentlich "Angstpark" genannt werden, da das Bürgerversorgungshaus so rasch nur deshalb nur abgetragen wurde, da die Mehrheit vor den 400 dort ^{wohnenden} Wählern Angst gehabt hat. Er verlangt schliesslich, dass die Strassenerhaltung anders gestaltet und dass bei der Strassenreinigung nicht so sehr mit Personal gespart werde. (Beifall bei der E.L.)

DR. Daffinger (E.L.) bemerkt, dass unter der sozialdemokratischen Verwaltung die Gartenanlagen, die seinerzeit von den Christlichsozialen mit solcher Sorgfalt hergestellt und gepflegt wurden, arg vernachlässigt werden. Die Wege in den Gartenanlagen sind früher mit staubfreien Belag versehen worden. Jetzt schüttet man auf den weichen Grund hartkantigen Schotter, auf dem man sehr schlecht gehen kann, ^{und} durch den sich die Kinder beim Spielen Wunden holen. Das müsste abgestellt werden. Im Interesse des Rufes Wiens wäre es auch gelegen, wenn die Gartenanlagen besser gepflegt ^{werden} und sorgfältiger instandgehalten/würden. Ich habe schon anlässlich der Budgetberatung darüber Beschwerde geführt, dass die Gartenanlage am Donaukanal, die schon 3 Jahre fertig ist, noch immer nicht beleuchtet wird. St. R. Richter hat sich damals auf den Bund ausgeredet. Ich habe nun erhoben, dass erst am 14. November 1930 um die Beleuchtungsbewilligung - es ist dort die Legung eines Kabels notwendig, - angesucht wurde. Es hat aber nicht die zuständige Magistratsabteilung angesucht, sondern die Strassenbahn, was ganz unverständlich ist. Damals wurde auch von einem Kabel gesprochen. St. R. Richter hat zuerst behauptet, dort gibt es kein Kabel, und erst nach meiner tatsächlichen Berichtigung hat er das Vorhandensein eines Kabels zugegeben. Er hat jedoch gesagt, dieses Kabel sei beschädigt. Demgegenüber hat mir Vizebürgermeister Emmerling mitgeteilt, dass das Kabel nicht zerstört ist. Ich frage nun, wer in diesem Falle recht hat, der Herr Vizebürgermeister Emmerling oder der Herr Stadtrat Richter. Es wäre überaus wünschenswert, wenn die amtsführenden Stadträte in einer öffentlichen Sitzung die Wahrheit sagen und den Flüsterbaritonem zur Aufgabe machen würden, die Wahrheit zu sagen. (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Richter erwidert nun auf die Ausführungen der Rede der Minderheit. Er bemerkt unter anderem, dass das ganze Jahr hindurch an der Strassenerhaltung und Strassenverbesserung gearbeitet wird. Die Strassenreinigung vollzieht sich zwischen 22 Uhr und 6 Uhr, da dazu eine andere Zeit nicht geeignet ist. Von einer Störung der Nachtruhe kann jedoch dabei gewiss nicht gesprochen werden. Im übrigen sorgen während des Tages die sogenannten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 4. Februar 1931.

Stationsmeister ununterbrochen für die Reinhaltung ihres Rayons. Die Strassen werden im Laufe des Tages von ihnen 4 bis 5mal begangen und gereinigt. Auf die Beschwerde bezüglich des Betriebes der städtischen Bäder an Feiertagen bemerkt St. R. Richter, dass er im Evangelium gelesen habe, man müsse die Feste feiern, wie sie fallen. (Rufe bei der Minderheit: St. R. Richter als Evangelimann). Auf die Beschwerde hinsichtlich der Nichtbeleuchtung der Gartenanlage am Donaukai erwidert der Referent, dass diese Gartenanlage erst im August 1930 fertiggestellt worden ist. Da die Strassenbahn Pächterin der Stadtbahn ist, konnte der Magistrat nicht ansuchen, sondern musste das selbstverständlich die Strassenbahndirektion tun. Im übrigen ersucht St. R. Richter die Ansätze der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten zu genehmigen. (Beifall).

Damit ist die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe V beendet.

Es wird in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe VI, Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten eingegangen.

GRtin. Schlösinger (E. L.) beschäftigt sich mit dem Sonderrechnungsabschluss über das Schulwesen. Sie weist zunächst darauf hin, dass die Beiträge für die Benützung von Schulräumen durch schulfremde Personen und Parteien ein Plus von nicht weniger als 573.000 Schilling aufweist. Aus diesen Lokalvermietungen meint man zum Schaden der Schule direkt ein Geschäft zu machen. So werden Turnsäle und andere Lokale in unverhältnismässiger Weise abgenützt, Turngeräte beschädigt und die Infektionsgefahr vergrössert. Auch die Schulwarte werden dadurch überlastet, aber mangelhaft dafür bezahlt. Es müsste da eine Auslese getroffen und parteipolitischen Vereinen; aus den Schulen ferngehalten werden. Das Jahr 1929 war das Jahr der Drosselung des Schuletats. Unter sozialdemokratischer Verwaltung wurde eine einzige Schule, die Kagraner Schule gebaut, obwohl deren in einer Reihe von Bezirken, so im X. XV. und XIX. notwendig wären. Auch müssen Neuanstellungen von Lehrern erfolgen. Der Lehrermangel hat dazu geführt, dass in der Grippezeit 280 Klassen ohne Lehrer gewesen sein sollen. Die Lehr- und Lernmittel werden auch an Kinder reicher Ausländer unentgeltlich verabfolgt, während Kinder niederösterreichischer Eltern einen Jahresbeitrag von 70 Schilling bezahlen müssen, obwohl der Aufwand für die Lehr- und Lernmittel für ein Kind im Jahr bloss 19 Schilling ausmacht. Die Ersparungen an den Lernmitteln sind darauf zurückzuführen, dass es an einer Anzahl sehr wichtiger Lehrbücher fehlt. So an einem Lehrbuch für Geographie und Geschichte für die Hauptschulen, an Gebet- und Klassenlektüre für den Religionsunterricht. Es rächt sich sehr, dass der Lehrerschaft das Mitbestimmungsrecht bei Einführung von Lehrbüchern genommen wurde. Es werden an den Schulen auch von der Jugendschriftenprüfungsstelle abgelehnte Bücher und solche Schulbücher verwendet, die ministeriell nicht genehmigt wurden. Bei der Klassenlektüre trifft man den

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 4. Februar 1931.

kindlichen Ton gar nicht. Oft wird kindlich mit kindisch verwechselt, anderes ist im Stil viel zu hoch gegriffen. Es handelt sich der Mehrheit nur darum, aus dem Büchermonopol eine parteipolitische Waffe zu machen, und gerade dieses Büchermonopol ist schuld an den Misserfolgen der heutigen Schule. Das Gesundheitsamt sollte sich damit beschäftigen, ob Infektionskrankheiten, die sich in den letzten Jahren sehr gehäuft haben, nicht durch die Schulbücher verschleppt werden und es sollte für eine gründliche Desinfektion der Schulbücher gesorgt werden. Auch über die schlechte Lüftung, die mangelhafte Reinigung und Beleuchtung in manchen Schulen wird geklagt. Charakteristisch für das Wiener Schulwesen ist es, dass es in der Knabenschule in der Herdergasse geschehen konnte, dass eine Klasse 8 Tage lang ohne Bänke war und dass die Kinder auf dem Fußboden sitzen mussten (Hört! Hört bei der E.L.) Die Elternvereinigungen haben im vergangenen Jahr nicht weniger als 119.000 Schilling für Schuleinrichtungsgenstände aufgebracht (Hört! Hört bei der E.L.). Solche von dem Geld der Eltern angeschaffte Gegenstände werden aber nicht immer für den Schulbetrieb verwendet. So zum Beispiel wurde ^{ein} mit Elterngeld angeschaffter Apparat im Wynarskyhof verwendet. Wie ^{sehr} die Schulverwaltung fehl greift, zeigt auch der Umstand, dass im Schul kino in der Markt- gasse der Film "Unvollkommene Ehen" und im XVII. Bezirk in einem von der Elternvereinigung eingeführten Schul kino zur Wahlzeit von 3 Lehrkräften der sozialdemokratische Wahlfilm aufgeführt wurde. Die Rednerin erklärt zum Schlusse, dass sie gegen den Rechnungsabschluss stimmen werde.

St. R. Kokrda bemerkt in seinem Schlussworte, er müsse es grundsätzlich ablehnen, auf die von der Gemeinderätin Schlösinger vorgebrachten Beschwerden einzugehen. Diese Beschwerden müssen bei der zuständigen Behörde, das ist der Stadtschulrat, vorgebracht werden. Die Meinung mag richtig sein, dass Schulräume von fremden Parteien zu stark benützt werden, aber darüber, ob ein Schulraum einer schulfremden Partei zur Benützung überlassen wird, entscheidet ein vom Stadtschulrat eingesetztes Komitee, dessen Vorsitzender der Vizebgm. Hoss ist und erst nach Bewilligung durch dieses Komitee wird im zuständigen Gemeinderatsausschuss ein Beschluss hierüber gefasst. Auf die Aktionen der Elternvereine hat das Wirtschaftsamt keinen Einfluss, es kann ihnen daher irgendeine Anschaffung für die Schule nicht verwehrt werden. Ganz unrichtig ist es, dass in einer Schule irgendein Lehrmittel fehle, wenn der Elternverein keine Anschaffung bekommt.

Nunmehr gelangt die Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten zur Verhandlung.

GR. Dr. Stowasser (E.L.) bemerkt, dass der Oberste Rechnungshof die Ausgabe für die Gemeindegewache als eine sehr schwere Belastung des Gemeindefinanzhaushaltes dargestellt hat. Das ist ein unzweifelhafter Tadel. Die Gemeindegewache ist nicht notwendig, ist doch die jetzige Mehrheit neun Jahre ohne Gemeindegewache ausgekommen. Der Redner bespricht einige Vorfälle, die sich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 4. Februar 1931.

in den Fürsorgainstituten XVI. und XX abgespielt haben. In Ottakring wurde eine Partei geschlagen und wegen eines Vorfalles in der Brigittenau werden sich Gemeindegewächtleute wegen Missbrauches der Anwendung des Gummiknüppels zu verantworten haben. Der Oberste Rechnungshof hat auch die Bewachung der Gartenanlagen durch 400 Gemeindegewächtmänner als sehr kostspielig bezeichnet. Diese Bewachung ist ganz überflüssig, weil die Wiener Bevölkerung schon aus eigenem Antrieb die öffentlichen Anlagen schont. Wenn Sie wirklich so friedfertig sind, ^{wie} Sie sich geben, dann beseitigen Sie die Gemeindegewache. Solange das nicht geschieht, können wir für den Rechnungsabschluss nicht stimmen. (Beifall).

GR. Altmayer (E.L.) bringt vor, dass Verstorbene Fuhrwerksleute 9 Autotaxis besessen haben. Die Erben sind 3 Kinder, von denen 2 grossjährig und 1 Kind minderjährig ist. Die 2 grossjährigen Kinder haben ihre Erbschaft angetreten, und als das 3. Kind nach seiner Grossjährigkeit seine Erbschaft antreten wollte, hat es nur eine Taxinummer erhalten. Das ist ein schweres Unrecht. Im bezug auf die Gemeindegewache erklärt der Redner, dass es der allgemeine Wunsch der Wiener Bevölkerung sei, die ganz überflüssige Wache aufzulösen. (Beifall)

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dass kein zweites Gebiet der Verwaltung von Terror so durchdrängt ist. ^{Wie} das Kinowesen. Er erinnert an seine Ausführungen über das Kinowesen anlässlich der Budgetdebatte und daran, dass er gegen den Präsidenten Danneberg damals Angriffe erhoben habe, weil Dr. Danneberg bei den Verhandlungen über die Verfassungsreform die Schaffung einer Bundeskinozensur hintertrieben habe. Diese seine Ausführungen hätten ihm den Hohn der Arbeiter-Zeitung eingetragen. Demgegenüber berufe er sich auf den Spruch des Verfassungsgerichtshofes, den dieser auf eine Beschwerde des Freidenkerbundes gefällt hat und indem er erklärt, dass die öffentliche Vorführung von bildlichen Darstellungen, von Laufbildern oder Stehbildern ebenso wie von Theaterstücken durch Gesetz und zwar durch Landesgesetz von der Erteilung einer besonderen behördlichen Bewilligung abhängig gemacht werden kann. Nichts anderes habe er selbst behauptet. Die Zustände wie sie im Wiener Kinowesen bestehen, sind auf die Dauer einfach unerträglich. (Beifall bei der El.)

St. R. Linder antwortet auf die Ausführungen der Debatteredner. Die Gemeindegewache kann, solange diese Institution als ein Politikum betrachtet wird, nicht die richtige Beurteilung finden. Schon anlässlich der Budgetdebatte habe ich auf die ursprüngliche Tätigkeit der Gemeindegewache hingewiesen, und wenn es auch richtig ist, dass Gemeindegewächtleute häufig und jedenfalls häufiger als Wachorgane der Bundespolizei angeklagt werden, so beweisen doch nicht wenige Freisprüche der Gerichte, dass da auch Anklagen erfolgt sind, die nicht zu halten waren. Was die Autotaxikonzessionen betrifft, so wurden die gesetzlichen Bestimmungen getroffen, um den Missbräuchen, die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 4. Februar 1931.

die mit den Autotaxikonzessionen getrieben wurden, zu begreifen. Es ist vorgekommen, dass solche Konzessionen um teures Geld verkauft oder gegen hohe Beträge verpachtet wurden. Darum wurde jedem, der eine zurückgelegte Konzession übernimmt, durch Gesetz die Verpflichtung auferlegt, den Betrieb selbst zu führen. Trotz aller Ausführungen des GR. Stöger werden wir uns von unserem Standpunkt, dass das Recht der freien Meinungsäußerung geschützt werden muss, nicht abbringen lassen und werden wir eine Kinzensur nicht einführen. Die Freiheit, die GR. Stöger meint, ist nicht die Freiheit für alle, sondern die Freiheit für eine bestimmte Richtung (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Damit ist die Debatte über die Verwaltungsgruppe VII geschlossen. Es wird in die Spezialdebatte/des Rechnungsabschlusses/der Verwaltungsgruppe VIII für die städtischen Unternehmungen eingegangen und mit der Spezialdebatte die Debatte über die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen sowie über die Aenderung der Bedeckung der Investitionsausgaben der städtischen Elektrizitätswerke des Geschäftsjahres 1929 verbunden.

Vizebgm. Emmerling referiert zunächst über das Gaswerk und stellt fest, dass im Jahre 1929 eine kleine Steigerung des Verkaufs an Gas zu konstatieren ist. Die Gaserzeugung ist gegenüber dem Vorjahr um 6,83 Prozent gestiegen. Die Gedarung des Gaswerkes schliesst formal mit einem Gewinn ab. Wenn im Wirtschaftsbericht ein Abgang aufscheint, so ist dies darauf zurückzuführen, dass von dem Recht zur vorzeitigen Abschreibung im Sinne des Investitionsbegünstigungsgesetzes Gebrauch gemacht wurde. Die Bilanz weist einen Gedarungsabgang von rund Schilling 6,670.000 aus, doch ist dies eine rein buchhalterische Massnahme. Die Abschreibungen wurden in angemessenen Sätzen vorgenommen und von den Kontrollinstanzen auch als angemessen anerkannt. Alle notwendigen Investitionen wurden ohne Inanspruchnahme fremder Mittel durchgeführt. Die Elektrizitätswerke waren auch im Jahre 1929 in der Lage, den Stromabsatz zu steigern, leider nicht mehr in demselben Tempo wie in den früheren Jahren. Die Zahl der in Verwendung stehenden Zähler hat sich um mehr als 27.000 erhöht. Die Stromerzeugung ist um rund 6,6 Prozent gestiegen. Diese Steigerung wurde leider nicht mehr im Jahre 1930 erzielt und alle Anzeichen sprechen dafür, dass im Jahre 1931 ein Rückgang in der Stromabgabe namentlich hinsichtlich des Kraftstroms zu verzeichnen sein wird. Der Anteil der Wasserkräfte an der Stromerzeugung ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, der wirtschaftliche Erfolg des Werkes war jedoch leider kein günstiger, da grosse Investitionen gemacht worden sind in der Hoffnung, dass sich das Werk so wie in den vergangenen Jahren entwickeln werde. Der Rechnungshof hat insbesondere das ungünstige Verhältnis der Fremden zu den eigenen Mitteln festgestellt. Wir haben schon zu Beginn des Jahres 1930 diesem Umstande Rechnung getragen und dieses ungünstige Verhältnis beim Elektrizitätswerk und zum Teil auch beim Gaswerk durch Schaffung neuer Einnahmen zu bessern

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VII. Blatt

Wien, am 4. Februar 1931

versucht. Vizobgm. Emmerling weist noch darauf hin, dass man sich in den nächsten Jahren wird entscheiden müssen, ob eine grössere Wasserkraftanlage gebaut oder ob die kalorischen Anlagen entsprechend ausgestaltet werden sollen. Auch in der Bilanz des Elektrizitätswerks ist zum Ausdruck gebracht, dass ^{wir} die Begünstigungen des Investitionsbegünstigungsgesetzes in Anspruch genommen haben. Bei den städtischen Strassenbahnen war der Rückgang der Frequenz im Jahre 1929 um 3'5 Prozent sehr fühlbar. Dieser Rückgang ist zurückzuführen auf die Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, auf die Abwanderung eines Teiles der Fahrgäste zum Autobus, auf die Auswirkung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde, die einen Teil der Bevölkerung die Verlegung ihrer Wohnstätte in die Nähe des Arbeitsortes ermöglicht hat, ^{und} auf den ausserordentlich strengen Winter. Die Bilanz zeigt einen Gebarungsabgang von 19 Millionen Schilling, wovon rund 17'3 Millionen auf die Strassenbahn, rund 1'6 Millionen auf den Kraftstellwagenbetrieb, rund 100.000 Schilling auf die Linie Pötzleinsdorf-Salmansdorf und rund 150.000 Schilling auf die Linie Krottenbachstrasse entfallen. Der Rechnungshof stellt fest, dass die Jahresrechnung der Strassenbahnen unter Einhaltung eines vorsichtigen Bewertungs- und eines angemessenen Abschreibungsvorganges aufgestellt wurde. Die Strassenbahn ist bestrebt durch planmässige Einschränkung der Materiallagerung zu sparen, wo es nur möglich ist. Die anderen Unternehmungen, Leichenbestattung, Brauhaus und Gewista bewegen sich im Ganzen und Grossen in dem durch den Voranschlag ^{für} das Jahr 1929 gesteckten Rahmen. Die Anzahl der kostenlosen Leichenbegängnisse ist um fast 7 Prozent zurückgegangen. Das Brauhaus hat trotz der ungünstigen Temperaturverhältnisse des Jahres 1929 um fast Schilling 250.000 mehr an Gebarungsüberschuss erzielt, als im Voranschlag angenommen worden war. Der Umsatz der Gewista ebenso die Zahl der Aufträge hat ebenfalls zugenommen. Vizobgm. Emmerling ersucht schliesslich, die von ihm vertretenen Rechnungsabschlüsse zu genehmigen. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Schelz (E.L.) stellt fest, dass das Gaswerk im Jahre 1929 einen Gebarungsüberschuss von 26.000 Schilling zu verzeichnen hat. Und dass der Rechnungshof das Gaswerk als ein gesundes Unternehmen erklärt. Daraus geht hervor, wie ^{un}berechtigt die Einführung der Grundgebühr für die Gasmess war. Auch die Elektrizitätswerke haben in Wirklichkeit kein Defizit, da sie mit Leihkapital stark belastet sind. Zuerst hat die Mehrheit den Grundsatz aufgestellt, dass sich das Werk aus den Betriebsmitteln erhalten müsse, dann ist man darauf gekommen, dass das nicht möglich ist, hat sich bis zum Jahre 1927 mit Bankkrediten geholfen, auf diese Art aber nur sehr wenig schaffen können. Da man deshalb sehr stark zurückgeblieben ist, hat man sich schliesslich zu grossen Investitionen gezwungen gesehen. HR. Schelz wendet sich sodann entschiedenst dagegen, dass im Direktionsgebäude der Elektrizitätswerke Parteipolitik getrieben werde. Im Hause der Direktion ^{sollte} ist ein sozialdemokratisches Parteilokal installiert.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VIII. Blatt

Wien, am 4. Februar 1931

Die Strassenbahnen haben vom Jahre 1925 bis 1929 ein Gesamtdéfizit von rund 51 Millionen Schilling, Sie werden nie mehr in die Lage kommen, den Unternehmern auf die Beine zu helfen. Die Ursache des Defizites ist einzig und allein die schlechte Tarifpolitik. Der Verkehr wird immer schlechter, was aber nicht verwunderlich ist, da Direktor Resch erklärt hat, nur wenig fahren, denn jeder Fahrkilometer kostet Gold. So schaut Ihre Verkehrspolitik aus. Wenn Sie endlich einmal der Frage des Zonentarifos näher treten würden, wäre Aussicht, dass die Strassenbahnen aus der Defizitwirtschaft herauskommen könnten. (Beifall).

GR. Körber (E.L.) erklärt, dass der fortwährende Ausbau der Zentrale des Elektrizitätswerke in der Engerthstrasse den Ausbau eines ganzen Stadtviertels behindert. Ebenso wird auch der Verkehr insbesondere in der Engerthstrasse eingeschränkt und auf dem Handelskai vom Volkswrplatz bis zur Ausstellungstrasse machen die Kohlenablagerungen den Verkehr fast schon ganz unmöglich. Die Verteuerung der Strompreise trifft alle Kreise sehr hart. Obwohl der Strom für elektrische Backöfen in Bäckereien sehr gut verwendbar wäre, lässt sich die Errichtung von elektrischen Bäckereien wegen der hohen Stromkosten nicht durchführen. Bäckereien mit Gasfeueröfen gehen heute auf die Rohölfeuerung über, ebenfalls aus dem Grunde, weil das Gas zunächst nicht mehr so gut ist wie vor dem Kriege und dann weil das Gas viel zu teuer ist. Von grösster Dringlichkeit ist der Umbau der Reichsbrücke, denn die Zustände dort schreien schon nach Abhilfe. Es wäre auch endlich einmal notwendig, sich mit der Frage des Ueberfüllungsverbotes mit der Strassenbahn zu befassen, um den Verkehr erträglicher zu gestalten. Schliesslich verlangt der Redner die Errichtung einer Strassenbahnlinie durch die Krottenbachstrasse, da die dort verwendeten Autobusse den Verkehr nicht mehr bewältigen können. (Beifall).

GR. Daffinger. (E.L.) bespricht die städtischen Unternehmungen und bemerkt, dass die Defizite der Unternehmungen gewollte Defizite sind, die leicht zu beseitigen wären. Er beschäftigt sich dann mit der Reichsbrücke und bemerkt, dass eine Heranziehung der Strassenbahn zur Kostentragung für den Umbau der Reichsbrücke nicht angehe, da die Strassenbahn ein passives Unternehmen ist. Die Kostenfrage ist eine Sache der Hoheitsverwaltung der Gemeinde und des Bundes und wir wünschen nur, dass die Verhandlungen über den Umbau der Reichsbrücke endlich zum Abschluss kommen. (Beifall).

GR. Dr. Hengl (E.L.) anerkennt, dass den Verkehrswünschen Döblings zum Teil entgegengekommen wurde. ~~Man~~ sind aber die Verkehrsverhältnisse für Döbling ebenso desolat geblieben wie vor Jahren. Durch Einschränkung des Verkehrs ist an der Gesundheit der Bevölkerung arg gesündigt worden und das Gesundheitsamt sollte darauf sein Auge haben. GR. Hengl kritisiert es sehr scharf, dass für 11. Jänner, einen schneereichen Sonntag die Strassen-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IX. Blatt

Wien, am 4. Februar 1931.

bahn keinerlei Vorkohrungen getroffen hatte und dass Grinzing, das in der Fremdenverkehrspropaganda eine so grosse Rolle spielt, immer mit den ältesten Wagentypen bedacht wird. Die Beschaffung der Vorverkaufskarten wird auf jede mögliche Art erschwert. Es muss anerkannt werden, dass das Strassenbahnpersonal sich bemüht, trotz der Unfähigkeit der Verwaltung den Dienst reibungslos zu versehen, es muss aber der Unfug abgestellt werden, dass die Tafeln, die das Fahrziel feststellen, vor der Endstation abgenommen und dass das Gitter vor der Endstation umgestellt wird. GR. Hongl schliesst mit der Bemerkung, dass der Strassenbahnverkehr einer Grosstadt unwürdig sei und dass seine Partei daher gegen die Rechnungsabschlüsse der Unternehmungen stimmen werde (Beifall bei der E.L.)

Vizebgm. Emmerling stellt in seinem Schlussworte fest, dass der Rechnungsabschluss für das Jahr 1929 infolge der Aenderungen, die in der Kontrolle getroffen wurden, erst so spät vorgelegt wurde und dass die Verwaltung daran keine Schuld habe. Die Bilanzen der kleinen Unternehmungen für das Vorjahr werden bereits in den nächsten Wochen und die Bilanzen der grossen Unternehmungen bereits im April oder Mai fertiggestellt sein, das Material muss aber dann noch dem Rechnungshof unterbreitet werden. Vizebgm. Emmerling antwortet sodann auf die einzelnen vorgebrachten Beschwerden. Die Grundgebühr für das Gas wurde notwendig, weil die Eingänge aus den Nebenprodukten erhebliche Rückgänge aufwiesen. Daraus, dass beim E. Werk die Investitionen zunächst aus eigenen Mitteln bestritten wurden, einem Umstande, den auch der Oberste Rechnungshof lobend hervorhebt, macht man uns heute einen Vorwurf. Ebenso ungerechtfertigt ist der Vorwurf, dass wir Kohle im Winter ^{lagernd} halten. Das hat uns davor behütet auch in der Zeit der grössten Kohlennot stehen zu müssen. Das Defizit bei den Strassenbahnen erklärt sich aus unserer grossen Rücksichtnahme in der Inflationszeit. Wären wir damals gleich mit Tarif erhöhungen vorgegangen, so hätten wir wenigstens die Substanz erhalten können. Was die Reichsbrückenfrage betrifft, so fand kurz vor den Wahlen eine Verhandlung mit dem Handelsministerium statt und wir waren der Meinung, dass die Verhandlungen nunmehr ein flottes res Tempo haben werden. Seither hat sich aber beim Bunde nichts mehr gerührt.

Vizebgm. Emmerling ersucht, den von ihm vertretenen Rechnungsabschlüssen zuzustimmen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Damit ist die Debatte über den Rechnungsabschluss des Jahres 1929 beendet. Die Abstimmung wird in der morgen im Anschluss an die Landtagssitzung stattfindenden Gemeinderatssitzung erfolgen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr .

Bogenabfertigung 22'10